

## **Fahrerlaubnis**

Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf zur Einführung einer regelmäßigen Überprüfung der Fahrerlaubnis älterer Menschen in den Bundestag eingebracht.

### **Die Rechtslage**

Führerscheine für Krafträder (Klasse A) und Pkws (Klasse B) haben in Deutschland eine Gültigkeit von 15 Jahren. Für die Verlängerung ist kein Nachweis über die Fahrtauglichkeit nötig.

Führerscheine für Busse (Klasse D) oder Lastkraftwagen (Klasse C) haben eine Gültigkeit von 5 Jahren. Für die Verlängerung ist die körperliche und geistige Tauglichkeit nachzuweisen. Gleiches gilt für den Personenbeförderungsschein, den z.B. Fahrerinnen und Fahrer von Taxis benötigen.

Mit diesen Regelungen wird in Deutschland eine Richtlinie der EU aus dem Jahr 2006 umgesetzt. Diese würde ebenso zulassen, dass auch für die Erneuerung der Führerscheinklassen A und B die Fahrtauglichkeit überprüft wird. Sie würde außerdem erlauben, bei Personen ab 50 Jahren die Gültigkeit für alle Führerscheinklassen stärker zu begrenzen. In Deutschland wurde aber bislang keine entsprechende Regelung getroffen.

### **Die Diskussion über eine Überprüfung der Fahrerlaubnis**

In der öffentlichen Diskussion über die Sicherheit auf Deutschlands Straßen wird immer wieder gefordert, dass Autofahrerinnen und -fahrer regelmäßig ihre Fahrtüchtigkeit unter Beweis stellen sollten.

Argumentiert wird mit der relativ höheren Zahl von Unfällen älterer Bürgerinnen und Bürger und der Gefährdung, die davon für sie selbst wie auch für die weiteren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer ausgehe.

Vor diesem Hintergrund überlegt und diskutiert man seit geraumer Zeit in Politik, Medien, Wissenschaft und Gesellschaft über die Freiheit und Verantwortung älterer Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie über die Folgen einer Pflicht zur Überprüfung der Fahrtauglichkeit für das private und berufliche Leben.

## **Gesetzentwurf** des Bundesrates

### **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer regelmäßigen Überprüfung der Fahrerlaubnis bei älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern**

- (1) Der Führerschein für die Klassen A und B ist bei Personen ab Vollendung des 65. Lebensjahres zwei Jahre gültig.
- (2) Der Führerschein für die Klassen C und D sowie der Personenbeförderungsschein sind bei Personen ab Vollendung des 50. Lebensjahres ein Jahr gültig.
- (3) Zur Verlängerung der Gültigkeit muss ein Nachweis über die körperliche und geistige Fahrtauglichkeit vorgelegt werden. Für diesen Nachweis sind durch eine Ärztin oder einen Arzt das Seh- und Hörvermögen, der allgemeine Gesundheitszustand sowie die Reaktions- und Orientierungsfähigkeit zu untersuchen.
- (4) Die Kosten für die ärztliche Untersuchung trägt im Fall der Führerscheinklassen A und B die Krankenkasse, im Fall der Führerscheinklassen C und D sowie des Personenbeförderungsscheins die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber.

### Grundlegende Ansichten der APD

Die APD sieht den Staat in der Pflicht, den gesundheitlichen und persönlichen Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und die Würde jeder Person zu respektieren.

Wirtschaftlich steht für die APD im Zentrum, das Wohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherzustellen und keine Arbeitsplätze zu gefährden.

### Positionen der APD zu einer regelmäßigen Überprüfung der Fahrerlaubnis im Alter

Die APD sieht in der Führerscheinüberprüfung eine sinnvolle Maßnahme, um Unfällen vorzubeugen.

#### Verkehrssicherheit

- Bei älteren Menschen besteht ein erhöhtes Risiko gesundheitlich bedingter Fahruntauglichkeit. Hör- und Sehkraft nehmen im Alter ab, auch das Reaktionsvermögen wird langsamer.
- Kampagnen zur freiwilligen Abgabe des Führerscheins haben kaum Erfolg gezeigt. Bei der Einschätzung der Fahrtauglichkeit reicht es nicht aus, sich auf das subjektive Empfinden zu verlassen.
- An einem Großteil der Unfälle, an denen Senioren beteiligt sind, tragen diese die Hauptschuld.
- Auch ein besonders vorsichtiger Fahrstil kann Unfälle verursachen.
- In den meisten europäischen Ländern sind derartige Tests bereits üblich.
- Die Maßnahme ist nicht als Diskriminierung älterer Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu verstehen. Sie entbindet nicht davon, auch die Jüngeren für ein sicheres Fahrverhalten zu sensibilisieren. Fahranfängerinnen und -anfänger erhalten schon heute ihren Führerschein auf Probe.

#### Einschränkung der Mobilität und Selbstbestimmung:

- Durch eine positive Darstellung und frühzeitige Aufklärungsarbeit können ältere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer selbst für die Notwendigkeit eines Eignungstests sensibilisiert werden.
- Der Eignungstest ist eine Routineuntersuchung, die mit gewöhnlichen ärztlichen Kontrollbesuchen verbunden werden kann. Er bedeutet somit keinen hohen Aufwand.
- Alternativen zum Auto müssen insbesondere in ländlichen Gebieten die Mobilität älterer Menschen sichern. So bieten einige Kommunen diesen eine kostenlose Jahreskarte für den Nahverkehr an.

#### Auflagen für ältere Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer

- Auch bei älteren Berufskraftfahrerinnen und -kraftfahrern ist eine Überprüfung der Fahrtauglichkeit wichtig. Dieser Beitrag zur Arbeitssicherheit dient nicht zuletzt ihnen selbst.
- Im Falle eines Entzugs der Fahrerlaubnis muss gewährleistet werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer z.B. durch Umschulungsmaßnahmen neue berufliche Perspektiven erhalten.

### Die Strategie der APD bei diesem Gesetzentwurf

Die APD bildet mit der CVP eine Regierungskoalition. Daher ist sie grundsätzlich um eine gute Zusammenarbeit mit der CVP bemüht. Nur so können beide stabil regieren und ein gutes Außenbild abgeben. Im Fall von Meinungsunterschieden ist es wichtig, rechtzeitig Kompromisse zu suchen. Gemeinsamkeiten mit Oppositionsparteien sind erfreulich, das Ziel ist aber immer, sich mit dem eigenen Partner zu verständigen.